NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	8. Sitzung
Datum	Montag, den 06.02.2012
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:00 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend waren:
Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates lt. Originalanwesenheitslisten (einzusehen im Büro der Stadtverordnetenversammlung) sowie die Mitglieder der Verwaltung.

StvV V o l c k eröffnete die Sitzung, begrüßte die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats und der Verwaltung sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass die Stadtverordnetenversammlung mit 54 Stadtverordneten beschlussfähig ist. Weil keine Einwendungen erhoben wurden, stimmte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig der vorgelegten Tagesordnung zu.

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1
Fragestunde

TOP 2
Haushalt 2012

TOP 2.1
Änderungsliste des Ältestenrates

TOP 2.2
Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2012
- Beratung -

TOP 2.3
Investitionsprogramm und
Finanzplanung 2012 - 2015

TOP 3
0635/11
Haushaltssicherungskonzept 2012 der Stadt Wetzlar
I/141

TOP 4
0724/12
Beteiligungsbericht 2011 für das Geschäftsjahr 2010
I/145

TOP 5
0515/11
Einführung einer gesplitteten Abwassergebühr in der Stadt Wetzlar
I/96

TOP 6
0652/11
Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Wirtschaftsplan 2012
I/134

TOP 7
0654/11
Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2011
I/135

TOP 8
0671/11
Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe
I/139

TOP 9
0706/11
Kath. Kindertagesstätte St. Walburgis in Niedergirmes
Anbau von zwei Krippengruppen sowie Umwandlung
einer Gruppe in eine altersübergreifende Gruppe
I/140

TOP 10
0662/11
Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers, eines stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers und eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wetzlar III (Dutenhofen)

TOP 11
Mitteilungsvorlagen

TOP 11.1
0568/11
„Hochwasserschutz Dillfeld“ 2. Bauabschnitt
I/133

TOP 11.2
0685/11
Begehbarkeit des Kalsmunt-Turmes zum Hessentag
I/143

TOP 11.3
0663/11
Tätigkeitsbericht 2010 des
Standesamtes der Stadt Wetzlar
I/137

TOP 11.4
0664/11
Personal- und Fehlzeitenbericht 2010
I/138

TOP 11.5
0719/12
„Modellregion Integration“, Dokumentation zur 2. Projektphase
I/144

TOP 11.6
0725/12
Präsentation „Sozialer Wohnungsbau in Wetzlar“
I/146

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1
Fragestunde

Es lagen keine Fragen vor.

TOP 2
Haushalt 2012

Stv. H e y e r wies darauf hin, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf noch weitestgehend durch die bürgerliche Koaltion geprägt worden sei. Er sei weitergehend die Fortführung der erfolgreichen Politik einer sparsamen und umsichtigen Haushaltsführung dieser Koalition. Er beinhalte Maßnahmen, die von der bürgerlichen Koalition angeschoben wurden und nun abzuarbeiten seien. Sehr stark sei der Entwurf geprägt vom Hessentag, der sich wie ein roter Faden durch das Zahlenwerk ziehe. Die angestrebten oder sich

im Bau befindlichen Maßnahmen, aber auch schon realisierte Projekte, hätten Nachhaltigkeit und sicherten die Zukunftsfähigkeit Wetzlars. Dies gerade im Bereich der Infrastruktur, zum Beispiel beim Busbahnhof. Die Finanzierung dieser Maßnahmen durch Kredite sei gerechtfertigt. Einschränkend legte er dar, dass bezüglich des Hessentages mehr Transparenz im Haushalt wünschenswert gewesen wäre.

Des Weiteren, so Stv. H e y e r, habe sich die Fraktion auf drei Anträge beschränkt, zwei davon um unnötige Ausgaben zu reduzieren. So sei ersichtlich, dass die CDU-Fraktion auch weiterhin bestrebt sei, die Linie der Ausgabenbegrenzung fortzuführen. Er erinnere daran, dass dies nicht immer so gewesen sei, weil sich die damalige SPD-Opposition in ihren Anträgen förmlich ausgetobt habe.

Erfreulich finde er, dass die freiwilligen Leistungen für Jugend, Sport und Kultur fortgeführt werden. Deshalb sei es unverständlich für die CDU, den Mietkostenzuschuss von 70.000 € für die HSG beizubehalten, aber nun einen Antrag mit einem Sperrvermerk über 30.000 € vorzulegen. Man wisse genau, dass die HSG dieses Geld für die Lizensierungsverhandlungen brauche.

Zur gesplitteten Abwassergebühr erklärte er, dass diese bereits als abgeschlossene Sache behandelt werde, obwohl das Parlament überhaupt noch nicht zugestimmt habe. Der Ansatz für den Optikparcours werde für zu gering gehalten. Hier gelte, er meine für alle, das Prinzip Hoffnung, dass keine erneuten Überraschungen einträten. Er kritisierte, dass keinerlei Investitionshinweise auf die aus der Sicht der CDU erforderlichen Projekte einer Wohnbebauung am Rasselberg und Wahlheimer Weg vorlägen. Man könne also davon ausgehen, dass diese Projekte vom neuen Magistrat nicht gewollt und somit stillschweigend beerdigt werden.

Er bezog sich ferner darauf, dass SPD, Grüne und die Freien Wähler eine andere Klientelpolitik verfolgen, unter anderem darin ersichtlich, dass für Aqua-Power-Strom „Geld zum Fenster hinaus geworfen werde.“ Damit, so an FrkV Michalek gewandt, solle ein Symbol bzw. Zeichen gesetzt werden. Strom aus Wasserkraft, bezogen aus Österreich, solle unser Gewissen beruhigen. Die Mittelanmeldung der Koalition, 50.000 € für die Erstellung eines Konzeptes für erneuerbare Energien bereitzustellen, hätten wir gerne diskutiert, die CDU folge jedoch dem FDP-Antrag, diese Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Eine weitere Klientelbefriedigung stelle für die CDU die Einführung eines Sozialpasses dar. Im letzten Jahr habe die SPD dafür noch eine Summe von 100.000 € gefordert, jetzt stehe ein Ansatz von 40.000 € im Entwurf. Davon ausgehend, dass dieser Ansatz nicht ausreichen werde, habe die bürgerliche Koalition dieses Begehren stets abgelehnt. Dem Antrag, die Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen, werde zugestimmt.

Verwundert habe sich die CDU über zwei Dinge im Haushalt gezeigt. Es handele sich um das sogenannte Bürgerbüro in der Langgasse, ehemals Gimmler, und den Bürgerbus Naunheim. Hierzu konnten wir keine konkreten Ansätze finden, es wurde erst auf Nachfrage im Ausschuss Aufklärung gegeben. Das Wahlversprechen von mehr Bürgerbeteiligung sehe man sehr kritisch. Die gemachte Aussage, das sogenannte Bürgerbüro nur bis zum Jahresende 2012 unter Aufwendung der reinen Nebenkosten beizubehalten, werde in Erinnerung behalten. Zum Bürgerbus Naunheim habe die CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht, der später noch zu diskutieren sei.

Die CDU hätte sich gewünscht, dass die Sanierung des Kalsmunts vor dem Hessentag in

Angriff genommen worden wäre. Man hoffe, dass die Aussage zur Sanierung dieser historischen Anlage nach dem Hessentag kein Lippenbekenntnis sei. Bei lediglich oberflächigem Studium des Haushalts hätte man sich wahrscheinlich ohne weiteres enthalten können. Doch nach genauer Prüfung werde die CDU-Fraktion die Zustimmung verweigern.

Abschließend bedankte sich Stv. H e y e r ausdrücklich bei den Mitarbeitern der Kämmerei, dem Kämmerer und den ansonsten maßgeblich Beteiligten bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes.

Stv. K l e b e r betonte, dass der Entwurf des Haushaltsplanes und der Satzung für das laufende Kalenderjahr die Einschätzung bestätigt habe, dass sich die Signale des Aufschwungs verstärkt haben. Dies habe zur Folge, dass der Fehlbetrag von rund 10 Mio. € im Jahre 2010 und im Jahre 2011 von rund 4 Mio. €, in diesem Jahr weniger als 2,5 Mio. € ausmache. Die Stadt würde noch besser dastehen, wenn nicht die schwarz-gelbe Landesregierung ein Sonderopfer der hessischen Kommunen durchgesetzt hätte, und zwar in Form der Kürzung des Finanzausgleiches exakt um 344 Mio. €.

Hinsichtlich der Aufmachung und der Übersichtlichkeit sowie der Erläuterungstexte verdiene das vorgelegte Werk Anerkennung.

Des Weiteren führte Stv. K l e b e r aus, dass sich die Deckungslücke um rund 1,2 Mio € verringern werde. Erfreulich sei auch, dass die Steuerhebesätze auch im 27. Jahr unverändert blieben, dass Gebührenanhebungen in den Bereichen Abwasser, Friedhofswesen und der Kindertagesstätten nicht vorgesehen seien und dass die Summe der freiwilligen Leistungen bestehen bliebe.

Jedoch sei der Haushalt für das laufende Jahr noch nicht der „reinrassige Haushalt“ der Koalition. Es müsse zunächst all das abgearbeitet werden, was noch von der alten Koalition auf den Weg gebracht worden sei und dies binde viele Mittel, beispielsweise für die Bahnhofsmodernisierung, die Sanierung des Europabades, die Restfinanzierung der Sanierung des Palais Papius, die Sanierung der Jugendherberge, das Fassadensanierungsprogramm im Zusammenhang mit dem Hessentag und natürlich auch den Zuschussbedarf für den Hessentag.

Dennoch, so Stv. K l e b e r, setze die neue Koalition erste Akzente im Haushalt 2012, wie Eintreten für soziale Gerechtigkeit auf allen Ebenen, und zwar Einrichtung neuer Kindertagesstättenplätze, Einführung eines Sozialpasses, den barrierefreien Ausbau der Stadt voranbringen, deshalb beschäftige sich die Koalition nicht vorrangig mit der Einführung eines WZ-Kennzeichens, dies sei nachrangig. Als Einstieg in die vom Bund und Land unterstützte Energiewende, werde ein Energiekonzept für Wetzlar erstellt. Als Modellregion Integration stelle man sich der Zukunftsaufgabe der gleichberechtigten Teilnahme von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen und politischen sowie kulturellen Leben. Deshalb werden die Maßnahmen im Rahmen der sozialen Stadt, sowohl im Westend als auch in Niedergirmes, weiterhin gefördert. Mit diesen Maßnahmen wolle man sich gegen die rückläufige Einwohnerentwicklung stemmen.

Der Haushalt der Koaliton sehe auch erwähnenswerte Investitionen wie Kanalsanierungen, Deckenerneuerungen in verschiedenen Straßen, die Neugestaltung der Ortsdurchfahrt von Blasbach, Radwege im Dillfeld, die Unterführung Haarplatz und den Hochwasserschutz im Dillfeld vor. Wenn diese ersten Schritte gemacht seien, werde am Ende des Jahres der Gesamtschuldenstand bei rund 150 Mio. € liegen. Das Erbe, das angetreten

worden sei, ermögliche kaum eine Chance, auch nur einen Cent in den nächsten Jahren von der Schuldenlast abzutragen.

Vor die Füße gefallen seien der neuen Koalition zu erfüllende Brandschutzauflagen im Neuen Rathaus, dies erfordere eine Millioneninvestition, die Sanierung des Freibades Domblick, die Sanierung der Bahnüberführung, die Sanierung des Lahnbrückensteges in Naunheim, die Sanierung des Kalsmunts, die Kindertagesstätte in Dahlheim, die Risiken im Bereich Optikparcours und das Millionengrab des Stadthauses am Dom sowie, nicht zu vergessen, die Stadtentwicklung. Es bleibe also nur die Hoffnung, dass unsere Steuereinnahmen nicht erneut einbrechen werden.

Er sei immer etwas irritiert, so Stv. K l e b e r, wenn er die Argumente der alten Koalition lese und wenn FrkV Dr. Büger bei jeder Gelegenheit die Solidität und die Seriösität des Handelns betone. Dies sei nicht so. Dies könne man am Beispiel des Optikparcours verdeutlichen. Am 14. März 2006 habe die Stadtverordnetenversammlung einstimmig den Beschluss gefasst, den Optikparcours zu bauen und die Mittel für die Installationskosten jedes Objektes, 25 an der Zahl, zu übernehmen. Man ging davon aus, dass das Projekt die Stadt rund 75.000 € kosten werde. Dann wurde die Summe nach oben auf rund 100.000 € korrigiert. Heute sei festzustellen, dass die Stadt bereits mehr als 600.000 € an Investitonskosten bereitgestellt habe, ohne die Personal-, Reparatur- und Reinigungskosten. Einem Verein mit nur 20 Mitgliedern und einem jährlichen Beitragsaufkommen von 1.800 € eine solche Aufgabe zuzumuten, sei unseriös. Das Parlament sei von Anfang an getäuscht worden. Sowas werde in den nächsten vier Jahren nicht mehr geschehen.

Der Vorgänger des jetzigen Bürgermeisters Wagner, Lattermann, hatte ein Projekt namens „Älter werden in Wetzlar“ gestartet, welches auf große Resonanz stieß. Nun versuche der ehemalige Sozialdezernent Breidsprecher, mit seinem ganzen Gewicht, ein erstes zartes Pflänzchen tot zu treten. Das werde ihm nicht gelingen. Künftig werden Sozial- und Sportpolitik bei uns für alle gemacht und nicht für ausgesuchte Klientel.

Die SPD werde dem vorgelegten Haushaltsentwurf zustimmen.

FrkV L e f è v r e zeigte sich erfreut darüber, dass im Haushaltsplanentwurf für 2012 der Fehlbedarf im Ergebnishaushalt auf 3,6 Mio. € gesenkt werden konnte. Mittlerweile könne dieser Fehlbedarf durch Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich auf 2,4 Mio. € verringert werden. Durch die verbesserte Wirtschaftslage seien für die Gewerbesteuer 35 Mio. € angesetzt. Das Niveau des Jahres 2008 sei aber noch lange nicht erreicht. Die Steuerhebesätze für Grund- und Gewerbesteuer sowie die Gebühren für Kindertagesstätten blieben konstant. Obwohl die Personalkosten und die Sachausgaben leicht gesunken seien, sei festzuhalten, dass im Zuge der Ausweitung der U-3-Betreuung diese Kostenbereiche wieder steigen werden.

Besorgniserregend seien die hohen Kosten im sozialen Bereich. Hier werde der kommunale Haushalt über Gebühr belastet. Zu begrüßen sei der Rechtsanspruch der Eltern auf einen Kitaplatz, da eine zuverlässige Betreuung der Kinder für berufstätige Eltern und für den Wirtschaftsstandort Wetzlar unerlässlich sei. Es könne aber nicht sein, dass die finanzielle Last der Ausweitung der Angebote und gleichzeitige Anhebung der Standards zum größten Teil von der Kommune getragen werde müssen. Sie erinnere an das Konnexitätsprinzip. Dies hieße im Klartext, „wer bestellt, der bezahlt“. Ferner, so FrkV L e f è v r e, sei zu erwähnen, dass die Fallzahlen für die Heimunterbringung etwas gesunken seien. Dies sei erfreulich, weil dies zur Reduzierung der teuren Heimerziehungsfälle durch Verlagerung in die Tagespflege falle, bedeute aber auch, es müsse weiter prä-

ventiv gearbeitet werden.

Viele Ansätze im sozialen Bereich wiesen hier in die richtige Richtung, zum Beispiel „Offensive, Frühe Chancen, Frühstart“, aber auch Sozialarbeit an Schulen. Druck, der von allen Seiten auf die Kinder einströme, müsse reduziert werden. Kinder müssten wieder Kind sein dürfen.

Der Ergebnishaushalt sei geprägt durch die Ausrichtung des Hessentages, vor allem durch die nachhaltigen Infrastrukturmaßnahmen wie Bahnhofsumfeld, Brücken zur Bachweide und den Radweg an der Dill. Erwähnenswert sei hierbei der Werbeeffekt für unsere Stadt. Mit der geplanten Rotunde solle für Wetzlar auch geworben werden.

Eine wichtige Maßnahme zur Konsolidierung des Haushaltes sei die Reduzierung des Investitionsvolumens im Finanzhaushalt um 11 Mio. €. Investiert werden müsse beim Neu- und Umbau von Kindertagesstätten und bei der Bahnhofsmodernisierung. Bei den Kindertagesstätten sei bei der Planung und beim Bau darauf zu achten, dass bei rückläufigen Kinderzahlen leer stehende Gebäude und Räume umgewidmet werden können. Besonders begrüße sie, dass Mittel zur hellen und freundlichen Gestaltung der Unterführung am Leitzplatz eingestellt worden seien. Notwendig sei auch der Haushaltsansatz für Planungsmittel zwecks Erstellung des Konzeptes für erneuerbare Energien. Basierend auf der vom Bund beschlossenen Energiewende sei es jetzt Aufgabe der Kommune, bei deren Umsetzung tätig zu werden und Zeichen zu setzen.

Zum Schluss ihrer Ausführungen thematisierte FrkV L e f è v r e den Optikparcours, welcher der Stadt hohe Kosten beschere und deswegen „eine bittere Pille“ sei, die geschluckt werden müsse. Aber der Parcours war und sei eine gute Idee, ein Identifikationsprojekt und gleichzeitig en pädagogisches Projekt.

Im Namen der Freien Wähler bedankte sie sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und beim Magistrat für die geleistete Arbeit. Die Freien Wähler werden dem Haushaltsplanentwurf zustimmen.

FrkV M i c h a l e k erklärte, die Äußerung von Stv. Heyer, der größte Teil des Haushaltsentwurfes bestehe aus Fortsetzungsmaßnahmen der alten Koalition, sei korrekt. Dass diese Maßnahmen im Blick auf Sparsamkeit, Umsichtigkeit und Ausgabebewusstsein in Lauf gesetzt worden seien, sehe er nicht so, beispielsweise bei den Maßnahmen Stadion und Palais Papius. Nach seiner Ansicht wäre bei einigen Projekten vieles günstiger zu machen gewesen. Dabei weise er insbesondere darauf hin, dass sich der Schuldenstand der Stadt Wetzlar, ohne Eigenbetriebe, in den Jahren 2009 bis 2012 um 34 Mio. € erhöht habe.

Auch stimme er Stv. Heyer zu, dass die Kosten des Hessentages, diesen originär betreffend und veranlasst, nicht in vollem Umfang transparent ausgewiesen seien. Diese Kosten fänden sich in anderen Produktbereichen wieder und nicht im Wirtschaftsplan des Hessentages. Des Weiteren führte er aus, der Ansatz für Sach- und Dienstleistungen betrage laut Wirtschaftsplan für die Jahre 2011/2012 9,6 Mio. €, ohne Infrastrukturmaßnahmen. Auch werde der tatsächliche Personalaufwand nicht eingerechnet. Im Blick auf den Hessentag führte FrkV M i c h a l e k ferner aus, dass Überstunden die Verwaltung erheblich belasten. Dies sei verständlich, aber deswegen würden seitens der Verwaltung viele erforderlichen Tätigkeiten geblockt. Positive Maßnahmen wegen des Hessentages seien die Neugestaltung des Busbahnhofes, des Bahnhofes sowie die Schaffung eines Pendlerparkplatzes. Hinsichtlich des Hessentages sollte man gegenüber dem Land klar-

stellen, ob Hessentage zu den vom Land vorgegebenen Konditionen überhaupt noch tragbar seien. Er verneine dies.

Teilweise habe er von den von Stv. Kleber angesprochenen zukünftigen Investitionsvorhaben, wie Kindertagesstätte Dalheim, Jugendherberge Wetzlar, Brandschutz im Neuen Rathaus, nichts gewusst. Dass die hierfür erforderlichen Maßnahmen in der Verwaltung nicht bekannt gewesen seien, sei für ihn nicht vorstellbar. Beim Bau der Kita in der Spilburg ärgere ihn die Kostensteigerung. Die hierfür eingesetzten Mittel von 2 Mio. € reichten nicht aus. Unter Bezugnahme auf das Stadthaus am Dom hoffe er, dass niemand mehr zukünftig auf die „bescheuerte Idee“ komme, Miteigentümer zu werden. Nach seiner Auffassung sei der Haushalt zu 99 % fremdbestimmt.

Zu den vom Bund und Land beschlossenen Konzepten im Hinblick auf regenerative Energien merkte er an, dass in Wetzlar in dieser Hinsicht in der Vergangenheit nichts gelaufen sei. Es werde schwer werden, für diesen Bereich ein geeignetes Fachbüro zu finden, wenn alle Städte in diese Richtung gehen würden. Er werde darauf achten, dass nichts doppelt bezahlt werde. In diesem Zusammenhang weise er auf die Neubewertung der Amtsleitungsstelle des Amtes für Umwelt und Naturschutz hin, die eine Aufwertung erfahren habe. Im Koalitionsvertrag sei festgelegt worden, dass stadteigene Liegenschaften so schnell wie möglich Energie aus regenerativen Energien beziehen. Der kleine Einstieg mit Aqua-Power solle als erster Schritt ein politisches Zeichen sein.

Er stimme dem Haushalt zu.

Stv. M e i ß n e r legte dar, die FDP-Fraktion habe sich den Haushaltsentwurf inhaltlich genau angesehen. Immerhin sei es eine Premiere, da es der erste Haushalt sei, der nach der Kommunalwahl und den veränderten Mehrheitsverhältnissen in dieser Stadtverordnetenversammlung vorgelegt worden sei und nun zur Abstimmung komme. Es sei ein Glück für Wetzlar, dass die Hessische Gemeindeordnung die Direktwahl des Oberbürgermeisters vorsehe und daher die Position des Oberbürgermeisters und Kämmerers in Kontinuität fortgeführt werden könne.

Dies sehe man in positiver Weise dem vorliegenden Haushaltsentwurf an. Erneut werde ein Haushalt vorgelegt, der von Sparsamkeit und effizientem Einsatz der Mittel geprägt sei, mit den positiven Folgen, dass die Steuersätze auch in diesem Jahr konstant blieben, die freiwilligen Leistungen auf dem bestehendem guten Niveau gehalten werden und beim bürgerlichen Engagement, insbesondere bei den Festspielen, deren Bezuschussung gewährleistet sei.

Ferner, so Stv. M e i ß n e r, habe die gute Haushaltsführung von OB Dette als Erkenntnis offensichtlich auch SPD und Grüne erreicht. Auffällig erscheine, dass viele Forderungen aus Oppositionsreden, wo man jetzt selbst den Magistrat trägt, über Bord geworfen worden seien. Er nannte hierzu zum Beispiel die Forderung einer geringeren Enwag-Ausschüttung, was eine Unterfinanzierung des Eigenbetriebes Stadthallen zur Folge hätte sowie die Aussage, Wetzlar würde zu wenig für den Erhalt der Straßen ausgeben. Vor der Kommunalwahl sei vollmundig ein 1 Mio. €-Programm zur Beseitung von Winterschäden gefordert worden. Das Land Hessen habe in seinem Winterschadensprogramm so viel Geld zur Verfügung gestellt, dass sogar Geld für die Überlegung des Magistrats zur Verfügung stand, die Langgasse zu sanieren.

In der Vergangenheit sei seitens der SPD und der Grünen den Haushalten nicht zugestimmt worden, die im Prinzip nicht anders aussähen als der jetzt vorliegende Entwurf. In

diesem Zusammenhang habe er sich von der CDU ein anderes Verhalten gewünscht, als den Haushalt in Gänze abzulehnen. Die FDP gehe einen anderen Weg und beurteile den Haushaltsentwurf in der Gesamtheit. Es sei ersichtlich, dass das Haushaltsdefizit sinke und die Neuverschuldung zurückgehe. Viele Positionen des Haushaltes seien wegen gesetzlicher Anforderungen von der Stadtverordnetenversammlung nicht beeinflussbar. Andere Positionen, beispielsweise die Sanierung des Europabades oder der Jugendherberge und die Erfüllung von Brandschutzauflagen, seien alternativlos.

Der Hessentag stelle einen besonderen finanziellen als auch personellen Kraftakt dar. Neben dem Imagegewinn für Wetzlar werde er auch für die Bürger nachhaltig wirken, zum Beispiel durch den Bau von Radwegen oder die Erneuerung des Busbahnhofes. Leider müsse die notwendige Sanierung des Kalsmunt-Turmes jetzt zurückstehen. Es werde jedoch erwartet, dass sich der Magistrat nach dem Hessentag verstärkt dem Thema Sanierung Kalsmunt-Turm annehmen werde.

Inhaltlich habe die FDP beim vorgelegten Haushalt nur zwei Probleme, die insgesamt rund 100.000 €, die zusammen für die Projekte Sozialpass und Energiekonzept zusätzlich eingestellt worden seien. Für diese 100.000 € würden neue Schulden aufgenommen, deshalb sollte man sich in Ruhe und nach Kenntnis aller Details überlegen, was erreicht werden solle. Hier seien die Liberalen für eine Diskussion in der Sache offen, es werde jedoch beantragt, bei diesen Positionen jeweils einen Sperrvermerk anzufügen.

Insgesamt habe man keine Bedenken dem Haushalt zuzustimmen, weil entscheidend sei, was für unsere Stadt richtig sei. Er vertrete die Meinung, dass der Haushalt die richtigen Ansätze beinhalte.

Stv. K r a f t führte aus, wie letztes Jahr angekündigt, stehe der Haushaltsentwurf im Zeichen des Hessentages. Zahlen hierfür seien aber mehr oder weniger ersichtlich. Er vertrete die Auffassung, dass die einkalkulierten Verluste durch den Hessentag nicht ausreichend seien. Daher stehe er von Anfang an der Angelegenheit kritisch gegenüber. Die Bilanz werde man spätestens Anfang nächsten Jahres sehen.

Der Haushalt sei in den Augen der Linken jedoch alles andere als ein Neuanfang, zum Beispiel das zaghafte Einsteigen bei regenerativen Energien. Hier wäre mehr machbar gewesen. Er kritisiere, dass für den Sozialpass lediglich für eine abgespeckte Version Mittel in Höhe von 40.000 € eingestellt worden seien. Letztes Jahr habe man noch von 100.000 € gesprochen. Die 40.000 € seien eingestellt worden mit der Begründung, dass erst ein Konzept vorliegen müsse. Ein solches Konzept liege jedoch, beispielsweise bei der Wetzlarer Tafel, vor. Hier seien mehr Informationen einzuholen und einzubringen gewesen.

Da man vom Haushaltsentwurf nicht überzeugt sei, werde nicht zugestimmt.

Zu der von Stv. Kleber angesprochenen Thematik „Optikparcours“ erläuterte OB D e t t e, der Magistrat habe immer Transparenz gewahrt. Über alle Kosten sei abgestimmt worden, und dies meist mit breiter Mehrheit. Alles dies werde jedoch noch genau aufgearbeitet. Der Optikparcours müsse vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die optische Industrie und auch andere Unternehmen und Privatleute viel Engagement und Mittel zur Verfügung gestellt hätten. Deshalb dürfe nicht der Eindruck entstehen, es mache keine Sinn, sich bei öffentlichen Geschehnissen zu beteiligen.

Zum Beitrag von FrkV Michalek im Bezug auf den Hessentag erklärte OB D e t t e des

Weiteren, der Hessentag rechne sich schon alleine wegen des Bahnhofumfeldes. Die Neugestaltung sei ein nachhaltiger Vorteil, wenn man Ausgaben und Investitionszuschüsse vergleiche. Im Haushalt sei nachzuvollziehen, dass im Hessentagswirtschaftsplan alle Kosten, die den zehntägigen Hessentag belasten, transparent seien. Personalkosten würden jedoch nicht erfasst, wenn die Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter sich nebenbei mit dem Hessentag befassen. Die Stadt habe gewusst, was auf sie mit der Durchführung des Hessentages zukomme. Die Rahmenbedingungen seien klar gewesen. Niemand könne voraussagen, ob die veranschlagten Kosten ausreichen werden. Hierbei müsse man auch an die Faktoren wie das Wetter und den Ticketverkauf denken.

Zum Brandschutzkonzept führte OB D e t t e aus, erst nach den erfolgten Begehungen durch die Brandschutzaufsicht habe man erfahren, welche Mängel vorhanden seien. Dieser Handlungsbedarf sei erst im vergangenen Jahr erkennbar gewesen. Es sei in diesem Bereich schwierig die Kosten zu ermitteln.

Er bedankte sich dafür, dass die Mehrheit bereit sei, dem Haushaltsplan zuzustimmen.

Stv. B r e i d s p r e c h e r kritisierte, das Thema „Altlasten“ ziehe sich wie ein roter Faden durch die Reden. Die SPD tue so, als wenn diese Altlasten schon auf diesen Haushalt einwirkten und sonstige Maßnahmen verhinderten. Bgm. Wagner habe in Dutenhofen auf die gute Sportstätteninfrastruktur hingewiesen. Die Koalition habe diese Struktur von der CDU erhalten und sei von der alten Koalition geprägt.

Zu den Kindertagesstätten führte Stv. B r e i d s p r e c h e r aus, hier sei Wetzlar positiv beispielhaft für ganz Hessen. Eine bessere Struktur sei nirgendwo zu finden. Jedoch werde von der SPD und den Grünen gesagt, dass beispielsweise in Dalheim eine neue Kita gebaut werde müsse. Er weise aber auch darauf hin, dass jede neue Regierung Aufgaben zu stemmen habe.

Bgm. W a g n e r ging auf den Beitrag von Stv. Kraft wegen des zaghaften Einsteigens beim Stadtpass ein. Er denke, so Bgm. W a g n e r, Genauigkeit gehe vor Schnelligkeit. Deswegen seien zunächst 40.000 € eingestellt worden.

Wegen Stv. Breidsprechers Aussage, dass Sozialdemokraten dazu neigten, Geld unüberlegt auszugeben, halte er es für richtig, Geld sinnvoll einzusetzen, Schulden abzubauen und Akzente zu setzen. Unter Bezugnahme auf das Stadthaus am Dom merkte er an, dass ein Gefahrenpotenzial vorliege und dass Kosten eventuell Steigerungen erfahren. Beim Kindergarten Dalheim bestehe Handlungsbedarf.

Im Blick auf die Sportstätteninfrastruktur erklärte Bgm. W a g n e r, dass in diesem Bereich auch in der Vergangenheit größtenteils Konsens geherrscht habe, daher nehme er in öffentlichen Reden gerne Bezug hierzu und lobe auch die Verdienste der alten Koalition in diesem Bereich.

TOP 2.1
Änderungsliste des Ältestenrates

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 55.0.0

TOP 2.2
Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2012
- Beratung -

StvV V o l c k wies auf die Ergänzungen der Anträge hin.

Abstimmung: 54.0.0

- **Antrag Nr. 101**

  Gleichzeitig mit diesem Antrag sprach Stv. B r e i d s p r e c h e r die Anträge Nr. 105 und Nr. 110 an. Stv. B r e i d s p r e c h e r führte aus, dass aufgrund des Antrages „Kassensturz“ dieser so positiv verlaufen sei, dass diese Anträge gestellt wurden. Man werfe für Symbolik 10.000 € aus dem Fenster. Hierzu wäre ein zu 100 % passender Artikel denkbar, und zwar „Österreich erhellt das Rathaus“. Dafür erhalte man ein Finanzprodukt. Ansonsten beziehe man den Strom aus Aschaffenburg, weil dort das nächste größere Kraftwerk angesiedelt sei. Er habe sich dafür interessiert, was SPD und Grüne zu diesem Antrag zu vermelden hätten. Stv. B r e i d s p r e c h e r betonte, eine solche Energiewende sei nicht gewollt. Getroffen habe ihn, dass ihm unterstellt worden sei, er wisse nichts von Aqua-Power.

  FrkV M i c h a l e k meinte, die Energiewende setze ein Energiekonzept voraus. Bei den Anträgen handele es sich um einen ersten kleinen Schritt, um politische Ziele deutlich zu machen. Städtische Einrichtungen sollten durch regenerative Energien versorgt werden. Das Gleiche gelte für die Straßenbeleuchtung. Wenn der Bedarf auf dieser Ebene vergrößert werde, könne damit auch angeregt werden, die Nutzung von Wasserkraft in Deutschland auszuweiten. Dies bedeute, Wasserkraftwerke zu sanieren und auszubauen. Man warte deshalb auf das Energiekonzept. Zeichen der Energiewende sollten nicht an Wetzlar vorbei gehen.

  Stv. S c h e r m u l y kritisierte, dass durch die Zusatzkosten für den Aqua-Power-Tarif zusätzliches Geld ausgegeben werde, welches man nicht habe. Dies im Hinblick auf die defizitäre Haushaltslage. Der Anteil der erneuerbaren Energien betrage zur Zeit 16 % und werde durch eine Umlage bezahlt. Auf diesem Wege werde Ökostrom im Ausland gefördert. Politischer Wille des Kreistages sei es, energieautark zu werden. Deswegen helfe ein Bezug aus dem Ausland der Umwelt nicht. Er vertrete die Auffassung, die Anträge seien ohne positive Wirkung und rein ideologisch geprägt.

  FrkV K r a t k e y vertrat die Auffassung, es werde sich auf die Frage kapriziert, wo der Strom herkomme, laut Zertifikat aus Österreich. Der andere Enwag-Strom trage auch nicht zur regionalen Wertschöpfung bei. Er komme aus der Strombörse. Kurzfristig bestehe diese Möglichkeit, langfristig sei das Ziel, mit dem Energiekonzept andere Wege anzustreben. In dieser Frage könnte man schon weiter vorangeschritten sein, hier sei jedoch in der Vergangenheit nicht das Notwendige getan worden. Das

bedeute, die kurzfristige Lösung sei Aqua-Power, zertifiziert aus Österreich, bei dem angesprochenem „grauen Strom“ wisse man nicht, wo er herkomme.

Auf den Beitrag von Stv. Kraft hinweisend, die dargestellten Maßnahmen reichten nicht zur Energiewende aus, stellte StR B o r c h e r s fest, Stv. Kraft habe nicht gesagt, was man hätte machen können und wie man es hätte machen sollen. Man brauche seriöse Schätzungen über das, was laufe und wie es laufe, dann könne an die Umsetzung herangegangen werden. Es müsse einen Anlauf geben, der Weg dauere und hierzu benötige man etwas Geduld.

Abstimmung: 36.19.0

- **Antrag Nr. 102 a**

Zu Beginn seiner Darlegung erinnerte Stv. B r e i d s p r e c h e r an die Parabel vom Fischer und seiner Frau. Diese Parabel habe zum Inhalt, dass bei Maßlosigkeit der Absturz drohe. Hier scheine es so zu sein, dass alle Wünsche in Naunheim die SPD erfülle. Auf dieser Ebene bewege sich der neue Bürgerbus. Sechs Personen würden dort zweimal wöchentlich gefahren, die Kosten hierfür seien mit 8.000 € jährlich beziffert worden. Bgm. Lattermann habe das Pilotprojekt genehmigt, Antreiber sei der Ortsbeirat Naunheim gewesen. Es gebe jedoch in anderen Stadtteilen die gleiche Situation wie in Naunheim. Sein Grundsatz sei „Hilfe zur Selbsthilfe“, ansonsten „mache man ein Fass auf“. Man sollte sich auch nicht immer auf Alibizeugen berufen.

Bgm. W a g n e r merkte an, die von Stv. Breidsprecher gemachten Äußerungen würden gebetsmühlenartig vorgetragen. Bei dem vorliegenden Antrag stelle er in den Raum, ob die Antragsfrist beachtet worden sei. Der Antrag werde damit begründet, dass Mittel zu spät in dem veranschlagten Bereich aufgefunden worden seien. Zur Klarstellung, so Bgm. W a g n e r, sämtliche für den Bürgerbus bisher getätigten Mittelanmeldungen seien von Lattermann unterschrieben worden. Man habe dieses Projekt auch miteinander besprochen, und zwar Lattermann als Bürgermeister und er als Ortsvorsteher, dann sei die Angelegenheit weiterentwickelt worden. Weil der Bus relativ gut angenommen worden sei habe sich Lattermann im Juli 2011 noch für die Fortsetzung des Projektes ausgesprochen. Aus Sicht des Magistrates rate er, dem vorliegenden Antrag nicht zuzustimmen. Grundlage sei die Bürgerbefragung „Älter werden in Wetzlar“ gewesen. Fakt sei, dass die Bevölkerung älter werde.

FrkV A l t e n h e i m e r betonte, dass Stv. Breidsprecher keine Alleingänge fahre, sondern dies Fraktionsarbeit darstelle. Er kritisierte, der Aufwand stehe in keinem Verhältnis zum Nutzen.

FrkV K r a t k e y führte aus, man müsse sich mit der Frage auseinandersetzen, wie man mit den steigenden Altersdurchschnitten in den Stadtteilen umgehe. Hierzu gebe es kein Patentrezept. Auf Probleme müsse reagiert werden. Die hieraus resultierenden Wünsche seien auch im Hinblick auf die Kosten zu prüfen.

Abstimmung: 16.36.4

- **Antrag Nr. 108 a**

Frkv M i c h a l e k erklärte, er werde dem beantragten Sperrvermerk zustimmen.

Abstimmung: 54.0.2

- **Antrag Nr. 109**

FrkV M i c h a l e k stellte fest, es sei für ihn unklar, warum Unverständnis bei Anbringung des Sperrvermerkes aufgetreten sei. Bei der alten Koalition sei dasselbe gemacht worden. Seinerzeit habe man sich mit der Vereinsführung getroffen, dies sei auch diesmal der Fall. Da städtisches Geld fließen solle, müsse man die finanzielle Lage offenlegen. Dies sei auch wie in der Vergangenheit geschehen.

FrkV A l t e n h e i m e r zeigte sich erfreut, dass der Ansatz nicht ganz gestrichen worden sei. Er vermutete, dies sei die ursprüngliche Ideologie gewesen. Wenn, dann müsste aber der komplette Ansatz mit einem Sperrvermerk versehen werden, nicht nur 30.000 €. Wenn die Gespräche nicht zügig stattfänden, hätte die HSG das Problem, die 30.000 € nicht ansetzen zu können und dies stelle damit für den Verein eine Finanzierungslücke dar.

FrkV K r a t k e y bekräftigte, dass halb gebaute Brücken nicht stehen gelassen würden. Seinerzeit sei das Geld für Dienstleistungen an Gegenbauer gegangen. Man wolle hören ob eingetreten sei, was mit dem Zuschuss bezweckt werden sollte. Die HSG erleide einen Wettbewerbsnachteil aufgrund höherer Kosten entsprechend der Nutzungszeiten gegenüber anderen Bundesligavereinen. Er mache darauf aufmerksam, dass der Aufsichtsrat der HSG davon unterrichtet worden sei, dass bei Bedarf die finanzielle Situation dargestellt werden müsse. Dies sei schriftlich zugesichert und eine Abkehr von der vergangenen Vorgehensweise.

Stv. B r e i d s p r e c h e r vertrat die Auffassung, das Drohsignal „Sperrvermerk“ setze falsche Akzente. Gerade jetzt, wo die HSG dank der neuen energischen Führung einen finanziell besseren Weg beschreite. Sie habe die Schulden halbiert, deswegen halte er den Antrag für plakativ.

Stv. T s c h a k e r t betonte, das Anbringen eines Sperrvermerkes verdeutliche die unterschiedliche Vorgehensweise gegenüber der Vergangenheit. Damit werde für Transparenz gesorgt und Gespräche nicht hinter verschlossenen Türen geführt. Generell müssten im Bereich der freiwilligen Leistungen diese immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden, um den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln. Es handele sich damit lediglich um den Vollzug von Haushaltsgrundsätzen. Diese Vorgehensweise stelle kein Novum, also auch keine „Lex HSG“ dar.

Abstimmung: 39.16.0

- **Teilfinanzhaushalt**

Abstimmung: 56.0.0

- **Antrag Nr. 205**

Stve. V o l k erläuterte den Antrag und beschrieb die Situation hinsichtlich der schwachen Beleuchtung. Der beschriebene Weg werde viel genutzt, es sei an der Zeit, etwas für die Fußgänger und Radfahrer zu tun. Das bedeute, Sicherheit für diesen Per-

sonenkreis zu schaffen.

Stv. B e c k bestätigte die Aussage von Stv. Kleber, dass die Stadt eine Menge Schulden habe. Bezugnehmend auf den Antrag erinnerte Stv. B e c k daran, dass dieser schon in der Vergangenheit gestellt worden sei, aber abgelehnt wurde. Er sei der Auffassung, dass es kein großes Aufkommen an Personen gebe, die den Weg in der Dunkelheit nutzen. Es handele sich um Klientelpolitik für Naunheim. Einzelinteressen sollen mit Zusatzkosten befriedigt werden. Ob eine Gefährdung vorliege, könne ordnungsrechtlich geklärt werden. Deshalb müsse keine Anlage für 27.000 € installiert werden.

FrkV K r a t k e y erinnerte an den CDU-Antrag bezüglich der Anschaffung eines Fernsehgerätes für den Seniorentreff. Für ihn bedeute dies unter anderem, dass Klientelpolitik der CDU nicht fremd sei. Zur beantragten Maßnahme führte er aus, dass der Bereich in der Tat sehr unübersichtlich sei und wies im Gesamtzusammenhang auf Installationen in strittigen Bereichen in der Vergangenheit, veranlasst durch Stv. Beck, hin und resümierte, dass die Maßnahme unstreitig notwendig sei.

Stv. W o l f stimmte zu, dass der Bereich unübersichtlich sei, aber so viel Geld dafür in die Hand zu nehmen, tue weh. Vielleicht bestünde die Möglichkeit, Bewegungsmelder zu installieren.

Abstimmung: 34.19.2

- **Antrag Nr. 207**

Es gehe darum, konstatierte Stv. Dr. V i e r t e l h a u s e n, mit einem Konzept den Bedarf zu ermitteln. Als Folge davon könne man überlegen, ob man eine Überführungslösung, eine Fahrstuhllösung bzw. eine ebenerdige Querung in Betracht ziehe. Er werbe ausdrücklich für dieses Konzept.

Stv. B e c k merkte an, dass man grundsätzlich über die Problematik nachdenken könne. Eine ebenerdige Querung ohne Ampel sei nicht möglich. Auch bestehe nicht die Möglichkeit, eine Rampe zu installieren. Er bat, sich diesbezüglich an den Dezernenten zu wenden, dann könne man sich das Konzept sparen.

Vielleicht gebe es neue Erkenntnisse in der Verwaltung, führte Stv. L i t z i n g e r aus und erklärte ferner, dass hier Handlungsbedarf angezeigt sei. Wetzlar solle eine behindertenfreundliche Stadt werden.

- **Antrag Nr. 211**

Der ursprüngliche Antrag des Ortsbeirates Dutenhofen lautete, eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 600.000 € einzustellen, konstatierte FrkV A l t e n h e i m e r. Er gab davon Kenntis, dass die Bahnhofstraße zu 50 % ausgebaut sei, der zweite Teil sei schadhaft. Die Maßnahme sei umlagepflichtig. Die Kosten müssten angepasst werden, deswegen verstehe er eine neue Planung nicht. Für die Stadt sei die Angelegenheit nahezu kostenneutral.

StR S e m l e r gab davon Kenntnis, dass er beim Fachamt wegen der Planung nachgefragt habe. Die Antwort des Amtes sei, dass es sich nicht um eine detaillierte

Planung, sondern um eine Grobplanung handele. Auch sehe er das Problem, dass die im Blick auf den Hessentag angehäuften Überstunden nach diesem Großereignis abzubauen seien. Deswegen könne erst im Jahre 2013 in die Detailplanung gegangen werden. Er denke, dass im Jahre 2014 realistisch über die Mitteleinstellung entschieden werden könne.

FrkV A l t e n h e i m e r merkte dazu an, nach seinem Kenntnisstand seien eine Reihe von Planungsmaßnahmen angesetzt worden, deren Umsetzung im Jahre 2013 erfolgen solle. Des Weiteren interessierte ihn zu erfahren, ob eine Priorisierung stattfinde.

StR S e m l e r führte aus, dass die Stadtverordneten über die Prioritäten entscheiden.

Abstimmung: 16.40.0

OB D e t t e teilte die Zahlen der Haushaltssatzung mit, die nunmehr aufgrund der befassten Beschlüsse bindend seien.Die nunmehr geänderte Fassung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Abstimmung über die Haushaltssatzung in der von OB Dette verkündeten Form: 38.18.0

TOP 2.3
Investitionsprogramm und
Finanzplanung 2012 - 2015

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 36.18.0

TOP 3
0635/11
Haushaltssicherungskonzept 2012 der Stadt Wetzlar

Stv. K l e b e r gab bekannt, dass die SPD dem Haushaltssicherungskonzept zustimmen werde. Dieses Konzept mache deutlich, wie sich das von der SPD vorgeschlagene Zinsmanagement positiv auswirke. Dies sei der richtige Weg.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (52.0.2) nachfolgend aufgeführten Beschluss:

Das als Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2012 wird gemäß § 92 Abs. IV HGO beschlossen.

TOP 4

0724/12
Beteiligungsbericht 2011 für das Geschäftsjahr 2010

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) nachfolgend aufgeführten Beschluss:

1. Der Beteiligungsbericht 2011 für das Geschäftsjahr 2010 der Stadt Wetzlar wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Wetzlar stellt fest, dass ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllt.

TOP 5
0515/11
Einführung einer gesplitteten Abwassergebühr in der Stadt Wetzlar

FrkV A l t e n h e i m e r erinnerte daran, dass bereits in der letzten Ausschussrunde und in der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage als Tagesordnungspunkt ausgewiesen worden sei. Er habe damals ausgeführt, man hätte gerne berechenbare Grundlagen in Händen gehalten, wodurch eine Orientierung noch möglich gewesen wäre. Es sei keine Transparenz gegeben, weder für die Parlamentarier noch für die Bürger. Das Verfahren sei gegenüber der Stadtverordnetenversammlung nicht fair, daher werde die CDU die Vorlage ablehnen. Zu der Ablehnung stehe man auch inhaltlich. Stv. K l e b e r habe im Verlauf dieser Stadtverordnetensitzung Transparenz gefordert, diese Transparenz sei schon jetzt nicht gegeben. Man habe nichts in der Hand um zu bewerten, ob die maßgebliche Bagatellgrenze erreicht sei.

FrkV K r a t k e y wies darauf hin, dass diese Thematik im Kommunalen Abgabengesetz recht rudimentär geregelt sei. Wie es zu machen sei, stehe nicht im Gesetz. Lange hätten die Gebietskörperschaften das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes von 1974 in dieser Angelegenheit ignoriert. Fest stehe, dass die Kommune eine Nachweispflicht habe. Diese sei erfüllbar durch eine durchzuführende Ermittlung. Man müsse hier Schritt für Schritt vorgehen. Der erste Schritt sei die Befliegung.

FrkV A l t e n h e i m e r folgerte, FrkV Kratkey habe am Thema vorbeigeredet. Die erforderliche Vorgabe sei rechnerisch nachzuweisen. Die CDU werde der Vorlage nicht zustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste mehrheitlich (37.16.2) nachfolgend aufgeführten Beschluss:

1. Der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr zum 01.01.2014 wird zugestimmt.

2. Für die Ermittlung der gebührenrelevanten Flächen wird die Methode der Überfliegung mit stereoskopischen Luftbildauswertung und anschließender Selbstauskunft angewandt.

3. Bei der Selbstauskunft werden von den Grundstückseigentümern private Informationen

zu Flächenbefestigungsgruppen und Zisternen gemäß beiliegender Begründung abgefragt.

4. Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt mit externer Unterstützung. Die Befliegung inkl. der zugehörigen Datenerstauswertung wird hierbei getrennt von der Projektsteuerung zzgl. der ingenieurtechnischen Begleitung öffentlich und bundesweit ausgeschrieben.

TOP 6
0652/11
Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Wirtschaftsplan 2012

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) nachfolgend aufgeführten Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes „Stadthallen Wetzlar“ wird zugestimmt.

TOP 7
0654/11
Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2011

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) nachfolgend aufgeführten Beschluss:

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011 des Eigenbetriebes „Stadthallen Wetzlar“ wird die Firma Schüllermann und Partner AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dreieich, beauftragt.

TOP 8
0671/11
Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) nachfolgend aufgeführten Beschluss:

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe für die Stadt Wetzlar wird beschlossen.

TOP 9
0706/11
Kath. Kindertagesstätte St. Walburgis in Niedergirmes
Anbau von zwei Krippengruppen sowie Umwandlung
einer Gruppe in eine altersübergreifende Gruppe

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) nachfolgend aufgeführten Beschluss:

1. Dem Anbau von zwei Krippengruppen an der Kath. Kindertagesstätte St. Walburgis in Niedergirmes sowie den notwendigen Sanierungsarbeiten wird zugestimmt. Darüber hinaus wird eine der bisherigen Gruppen in eine altersübergreifende Gruppe umgewandelt werden.

2. Die Investitionskosten für den Anbau der neuen Gruppenräume trägt die Stadt und beteiligt sich im Rahmen des bestehenden Vertrages zum Betrieb der Kindertagesstätte hälftig an den Sanierungsaufwendungen (Gesamtausgaben nach der derzeitigen Kostenschätzung 1.095.672,86 €).

3. Für das Haushaltsjahr 2012 werden zur Durchführung der Leistungsphasen I – III (HOAI) 200.000,00 € bereit gestellt.

TOP 10
0662/11
Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers, eines stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers und eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wetzlar III (Dutenhofen)

StvV V o l c k fragte nach, ob es abweichende Vorschläge gebe. Dies war nicht der Fall.
StvV V o l c k erkundigte sich, ob man per Akklamation en bloc abstimmen wolle. Die Stadtverordnetenversammlung war mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) nachfolgend aufgeführten Beschluss:

Für den Ortsgerichtsbezirk III (Dutenhofen) wird

Herr **Klaus Schäfer**, geboren am 22.08.1950
wohnhaft Honiggasse 12, 35582 Wetzlar

als Ortsgerichtsvorsteher,

Herr **Dieter Friedrich Agel**, geboren am 05.07.1948
wohnhaft Lessingstraße 12, 35582 Wetzlar

als stellvertretender Ortsgerichtsvorsteher

und

Herr **Jürgen Hahn**, geboren am 27.11.1954
wohnhaft Langer Morgen 14, 35582 Wetzlar

als Ortsgerichtsschöffe vorgeschlagen.

TOP 11
Mitteilungsvorlagen

TOP 11.1
0568/11
„Hochwasserschutz Dillfeld“ 2. Bauabschnitt

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 11.2
0685/11
Begehbarkeit des Kalsmunt-Turmes zum Hessentag

Stv. M e i ß n e r dankte StR Semler dafür, dass nunmehr das Prüfungsergebnis vorliege. Nachdem bereits das Sicherheitskonzept gefertigt worden sei, wäre es schön gewesen, wenn die Möglichkeit der Sanierung bestanden hätte. Die Schadenshöhe sei jedoch höher als angenommen. Er möchte aber an der Weiterplanung für die Sanierung des Kalsmunts nach dem Hessentag festhalten und dies mit einem Antrag unterstreichen, es sei denn, StR Semler sage dies bereits vor Ort zu.

StR S e m l e r bekräftigte, dass die Kalsmunt-Sanierung auch nach dem Hessentag auf der Agenda bleibe.

Stv. A d a m i e t z vertrat die Auffassung, die Begehbarkeit bis zum Turm müsse unfallfrei gemacht werden. Auch sollten die Aktivitäten des Fördervereins unterstützt werden. Der Förderverein möchte eine Kartierung vornehmen. Genauso müsse das Gestein und dessen Schädigung untersucht werden, um zu erfahren, wie eine Sanierung erfolgen könne. Der Verein sei in dieser Sache bereits tätig gewesen und müsse deshalb Unterstützung erfahren.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 11.3
0663/11
Tätigkeitsbericht 2010 des
Standesamtes der Stadt Wetzlar

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 11.4
0664/11
Personal- und Fehlzeitenbericht 2010

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 11.5
0719/12
„Modellregion Integration“, Dokumentation zur 2. Projektphase

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 11.6
0725/12
Präsentation „Sozialer Wohnungsbau in Wetzlar“

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.